

Fraktionsantrag

2022-2234
öffentlich

Betreff

PV-Freianlage auf dem Landeplatz (Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2022)

Antragsteller/in:

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Status

Beschlussvorschlag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen (mit verschiedenen Varianten), welche Flächen auf dem Landeplatz für eine PV-Freianlage geeignet wären, welche Leistung sich damit erzielen lässt und wie eine solche Anlage realisiert werden kann. Dabei ist auch ein Zeitplan für die Entwicklung darzulegen. Dabei ist auch darzulegen, wie die bisher vorgesehenen Gewerbeflächen noch erweitert werden können.
2. Das Ergebnis wird dem Gemeinderat zur Entscheidung hinsichtlich der Realisierung einer solchen Anlage vorgelegt.
3. Der Kompromiss zur weiteren Entwicklung des Landeplatzes (Gewerbe und Flugfeld) wird nicht weiterverfolgt.
4. Die Verwaltung möge weiter darlegen, wie der Bedarf des Max-Planck-Instituts durch einen in der Nachbarschaft gelegenen Flugplatz (z.B. Hilzingen) abgedeckt werden könnte.

Begründung:

Eine großflächige Entwicklung von Photovoltaikanlagen auf dem Gebiet der Stadt Konstanz ist sowohl wegen des Ziels, die Stadt möglichst schnell klimaneutral zu machen, als auch vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine, der uns die Abhängigkeit von russischem Öl und Erdgas drastisch vor Augen führt, dringend geboten. Der künftige Energiebedarf wird hauptsächlich durch Strom aus erneuerbaren Quellen zu decken sein. Der Strombedarf wird sich nach Hochrechnungen bis zum Jahr 2050 voraussichtlich verdoppeln. Die Möglichkeiten, durch Biogas erneuerbare Energien zu erzeugen sind rückläufig, das Potential von Windkraft ist in unserer Region begrenzt, und nur ein konsequenter Ausbau der Photovoltaik bietet die Möglichkeit, den künftigen Bedarf zu decken. Hier ist aber neben der Bestückung aller geeigneten Dächer mit entsprechenden Anlagen zwingend der Bau von großen PV-Freianlagen notwendig. Daher gilt es jetzt, sehr schnell die möglichen Flächen zu erschließen, um bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen schnell entsprechende Kapazitäten zu entwickeln.

Geeignete Flächen stehen aber auf Grund gesetzlicher Rahmenbedingungen (z.B. FFH, Naturschutz u.a.) auf unserer Gemarkung nur eingeschränkt zur Verfügung. Sie sollten eine entsprechende Größe haben, im Eigentum der Stadt stehen und gut an das Stromnetz angeschlossen werden können. Alle

diese drei Voraussetzungen erfüllt der Konstanzer Landeplatz. Zwar hat der Gemeinderat zunächst die Aufteilung der Fläche in ein Gewerbegebiet im nördlichen Bereich und eine Fläche zum weiteren Betrieb eines Flugfelds beschlossen. Allerdings macht die aktuelle Entwicklung es unabweisbar, diese Entscheidung zu überdenken, und die Erstellung einer großen PV-Freianlage anzugehen, falls die die Prüfung der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit ein positives Ergebnis bringt. Dabei muss die für Gewerbe bereits jetzt vorgesehene Fläche substantiell erweitert werden, da der Bedarf an Gewerbefläche in Konstanz groß ist. Entsprechende Gebäude könnten einfach mit PV bestückt werden.

Anlage/n

- 1 AntragCDU_PVLandeplatz (öffentlich)



CDU-Fraktion · Heinrich-von-Tettingen-Str. 29 · 78465 Konstanz

Herrn OB Uli Burchardt

**DIE FRAKTION
IM KONSTANZER
GEMEINDERAT**

Heinrich-von-Tettingen-Straße 29
78465 Konstanz
Telefon: (07533) 20 24 privat
(07531) 163 12 gesch.
Telefax: (07531) 174 37
RogerTscheulin@arcor.de

Fraktionsbüro:
Fischmarkt 2, 78462 Konstanz Tel.:
(07531) 900-2787
cdu-fraktion@stadt.konstanz.de

Drei Prüfaufträge für eine Photovoltaikgroßanlage auf dem Landeplatz

Konstanz, 25. März
2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Burchardt,

eine großflächige Entwicklung von Photovoltaikanlagen auf dem Gebiet der Stadt Konstanz ist sowohl wegen des Ziels, die Stadt möglichst schnell klimaneutral zu machen, als auch vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine, der uns die Abhängigkeit von russischem Öl und Erdgas drastisch vor Augen führt, dringend geboten. Der künftige Energiebedarf wird hauptsächlich durch Strom aus erneuerbaren Quellen zu decken sein. Der Strombedarf wird sich nach Hochrechnungen bis zum Jahr 2050 voraussichtlich verdoppeln. Die Möglichkeiten, durch Biogas erneuerbare Energien zu erzeugen sind rückläufig, das Potential von Windkraft ist in unserer Region begrenzt, und nur ein konsequenter Ausbau der Photovoltaik bietet die Möglichkeit, den künftigen Bedarf zu decken. Hier ist aber neben der Bestückung aller geeigneten Dächer mit entsprechenden Anlagen zwingend der Bau von großen PV-Freianlagen notwendig. Daher gilt es jetzt, sehr schnell die möglichen Flächen zu erschließen, um bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen schnell entsprechende Kapazitäten zu entwickeln.

Geeignete Flächen stehen aber auf Grund gesetzlicher Rahmenbedingungen (z.B. FFH, Naturschutz u.a.) auf unserer Gemarkung nur eingeschränkt zur Verfügung. Sie sollten eine entsprechende Größe haben, im Eigentum der Stadt stehen und gut an das Stromnetz angeschlossen werden können. Alle diese drei Voraussetzungen erfüllt der Konstanzer Landeplatz. Zwar hat der Gemeinderat zunächst die Aufteilung der Fläche in ein Gewerbegebiet im nördlichen Bereich und eine Fläche zum weiteren Betrieb eines Flugfelds beschlossen. Allerdings macht die aktuelle Entwicklung es unabweisbar, diese Entscheidung zu überdenken, und die Erstellung einer großen PV-Freianlage anzugehen, falls die die Prüfung der Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit ein positives Ergebnis bringt. Dabei muss die für Gewerbe bereits jetzt vorgesehene Fläche substantiell erweitert werden, da der Bedarf an Gewerbefläche in Konstanz groß ist. Entsprechende Gebäude könnten einfach mit PV bestückt werden.

Die CDU-Fraktion stellt daher zur nächstmöglichen Beratung im Gemeinderat folgende Anträge:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen (mit verschiedenen Varianten), welche Flächen für eine PV-Freianlage geeignet wären, welche Leistung sich damit erzielen lässt und wie eine solche Anlage realisiert werden kann. Dabei ist auch ein Zeitplan für die Entwicklung darzulegen. Dabei ist auch darzulegen, wie die bisher vorgesehenen Gewerbeflächen noch erweitert werden können.
2. Das Ergebnis wird dem Gemeinderat zur Entscheidung hinsichtlich der Realisierung einer solchen Anlage vorgelegt
3. Der Kompromiss zur weiteren Entwicklung des Landeplatzes (Gewerbe und Flugfeld) wird nicht weiterverfolgt.
4. Die Verwaltung möge weiter darlegen, wie der Bedarf des Max-Planck-Instituts durch einen in der Nachbarschaft gelegenen Flugplatz (z.B. Hilzingen) abgedeckt werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Tscheulin
Fraktionsvorsitzender



Wolfgang Müller-Fehrenbach
stellv. Fraktionsvorsitzender